

# Positionspapier zur Letzten Generation



Januar 2023

Die Letzte Generation hat in den letzten Monaten über sich, ihre Protestform und den derzeitigen Klimaschutz Debatten in Parteien und Medien ausgelöst.

Für uns als SPD-Klimaforum ist eines ganz klar: In Deutschland gibt es viele Wege, sich für eine Sache einzusetzen. Während die Letzte Generation auf Protestformen zurückgreift, wie Störung des Flug- oder Autoverkehrs, haben wir Mitglieder des SPD-Klimaforums entschieden, einer Partei beizutreten. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, in die SPD hineinzuwirken und Klimaschutz in der Partei eine stärkere Stimme zu geben. Wir teilen die Einschätzung der Letzten Generation, dass die Probleme des Klimawandels und Artensterbens in der Politik und in unserer Partei noch nicht ausreichend verstanden worden sind.

Die Letzte Generation hat auf Grund ihres mutigen gewaltfreien Widerstandes unsere Unterstützung verdient. Ihre Positionen decken sich mit denen aus den IPCC-Reports. Sie nehmen die Regierungen ernst und fordern das zu tun, was längst beschlossen wurde. Wenn aber Menschen die Hoffnung verlieren und der Druck auf echten Klimaschutz größer wird, ist es nur menschlich, dass sich Protestformen verändern. Seit über vier Jahren protestieren Anhänger:innen von Fridays for Future auf der ganzen Welt. Der Ausstoß von 18 klimaschädlichen Gasen steigt weiter an. Wenn weiterhin nichts Essentielles gegen den Klimawandel getan wird und immer mehr Menschen die Folgen erkennen, wird auch der Protest immer größeren Einfluss auf unseren Alltag haben.

Der Protest von Letzte Generation sorgt dafür, dass Klimaschutz wieder zum Thema wird. Dabei zeigt sich aber auch ein Missstand in der Berichterstattung. Dass mehr über die Protestform debattiert wird als über den fehlenden Klimaschutz, ist ein großes Problem. Außerdem zeigt sich erneut, dass Protestformen erst dann zum Problem werden, wenn sie von vermeintlich „linken“ Gruppen durchgeführt werden. Als Atilla Hildmann und Unbekannte ebenfalls Kunstwerke beschädigten, gab es keinen vergleichbaren Aufruhr in der Berichterstattung.

Wir lehnen strikt populistische Aussagen zu Terror-Vergleichen oder Forderungen zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz ab. Wir sehen, dass Polizeigesetze wie in Bayern zu weit gehen und Bürger:innenrechte stark eingeschränkt werden. In einem modernen, freien, demokratischen Staat dürfen Menschen nicht ohne Prozess für einen Monat eingesperrt werden – ohne überhaupt etwas getan zu haben.

Wir fordern daher: Es braucht endlich Klimaschutz, der wirkt. Dazu braucht es alle Formen der gewaltfreien Auseinandersetzung, auf allen Ebenen, die unsere Demokratie zu bieten hat.